

FAZ

25.07.2016

Ein Stresstest für die Banken

von Michael Heise

An den Finanzmärkten herrscht Angst vor einer neuen Bankenkrise. Seit Jahresbeginn haben Europas Banken nicht weniger als 250 Milliarden Euro an Börsenwert verloren. Das Austrittsvotum der Briten hat den Abwärtstrend noch einmal beschleunigt, aber die Erträge und die Ertragsaussichten der Banken waren ohnehin schon durch mehrere Faktoren belastet: niedrige Kapitalmarktrenditen und Strafzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) drücken die Überschüsse im klassischen Bankgeschäft, die Kreditnachfrage ist seit Jahren schwach und die Regulierung fordert Risikoabbau und schafft zusätzliche Kosten. Im Falle der italienischen Banken, die im Epizentrum der Krise stehen, kommen Altlasten aus einer lang anhaltenden Rezession in Form von hohen notleidenden Krediten hinzu.

Die Politik sieht die Unternehmen selbst in der Verantwortung, Kosten und Risiken zu reduzieren, Marktstrukturen zu bereinigen und sich auf neuen digitalen Wettbewerb einzustellen. Das Problem geht aber tiefer. Es sind auch die politischen Rahmenbedingungen, die die Banken so dramatisch geschwächt haben. Durch die Negativzinsen der EZB müssen Banken auf ihre Guthaben von rund 700 Mrd. Euro Zinsen an die EZB zahlen und sie können diese Zinsbelastungen nicht ohne weiteres an ihre Kunden weitergeben. Eine Anlage von Mitteln in Staatsanleihen oder Unternehmenskrediten ist kaum rentabel, weil die Anleihekaufprogramme der Zentralbank deren Renditen und Risikoprämien massiv gedrückt haben. Das Brot- und Buttergeschäft der Banken, das Erwirtschaften eines Zinsüberschusses, ist in der Nullzinswelt weitgehend obsolet. Ohne ausreichende Gewinne ist es den Banken aber nicht möglich, ihre Kapitalpolster wie gefordert aufzustocken. Im Falle der italienischen Banken werden daher wieder staatliche Kapitalhilfen debattiert, bei denen letztlich der Steuerzahler die Risiken übernimmt. Auf eine solche Lösung wird es wohl hinauslaufen, denn die Einbeziehung privater Investoren, die nach den neuen Regeln der EU vorgesehen wäre, würde in Italien viele Kleinsparer treffen und wird daher von der Regierung strikt abgelehnt.

Die EZB sollte mit einer Kurskorrektur zu Hilfe kommen. Ihre seit Ende 2014 betriebene Politik der Negativzinsen und der Anleihekäufe hat die Banken eher geschwächt als gestärkt, in Italien und anderswo. Die EZB sollte daher von Strafzinsen für Einlagen absehen. Positiv wäre es auch, wenn die großvolumigen Anleihekäufe reduziert würden, die die marktmäßigen Risikoprämien für langfristige Anlagen massiv gedrückt haben. Im Gegensatz zu den zweifelhaften und nicht belegbaren Konjunkturergebnissen dieser Politik sind die Auswirkungen in den Bankbilanzen klar und deutlich abzulesen. Bleibt die Situation wie sie derzeit ist, wird die Widerstandsfähigkeit der Banken in Stresssituationen immer kleiner werden. Schwache Banken sind ein großes Risiko für die langfristige Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Auch deshalb ist eine Kehrtwende der EZB bei ihren unkonventionellen Maßnahmen geboten.